

Niederschrift
der 02. Sitzung des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung

Sitzungsdatum: Dienstag, den 02.04.2019
Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 18:45 Uhr
Raum: Hansestadt Stralsund, Rathaus, Konferenzsaal

Anwesend:

Vorsitzende/r

Frau Sabine Ehlert

stellv. Vorsitzende/r

Frau Dr. med. Annelore Stahlberg

Mitglieder

Frau Kerstin Friesenhahn

Frau Anett Kindler

bis 18:05 Uhr

Frau Maria Quintana Schmidt

ab 17:25 Uhr

Frau Sabine Tiede

Vertreter

Herr Mathias Miseler

Vertretung für Frau Dr. Heike Carstensen

Herr Bernd Röll

Vertretung für Frau Brigitta Tornow

Frau Margret Schüler

Vertretung für Herrn Harald Ihlo

Protokollführer

Frau Constanze Schütt

von der Verwaltung

Frau Petra Breuer

Frau Sarah Cornils

Frau Gleichstellungsbeauftragte

Gäste

Frau Jutta Lüdecke

Frau Stefanie Patzelt

Frau Tina Brockstedt

Frau Miriam Weber

Tagesordnung:

- 1 Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Bestätigung der Niederschrift der 01. Sitzung des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung vom 12.03.2019
- 3 Beratung zu Beschlussvorlagen
- 4 Beratung zu aktuellen Themen
- 4.1 Beauftragte für die Integration von Menschen mit Behinderungen - Informationen zur bisherigen Arbeit und zukünftige Projekte und Aufgaben
- 4.2 Projekt Ich - Lebensbegleitende Berufsberatung vor dem Erwerbsleben
- 4.3 Sachstand Lokales Bündnis für Familie
- 4.4 Sachlage Kinderschutzbund Stralsund
- 5 Verschiedenes
- 9 Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

Einleitung:

Von 9 Mitgliedern des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung sind zu Beginn der Sitzung 8 Mitglieder anwesend, womit die Beschlussfähigkeit gegeben ist. Die Sitzung wird durch die Ausschussvorsitzende geleitet. Es erfolgt eine Tonträgeraufzeichnung.

zu 1 Bestätigung der Tagesordnung

Frau Ehlert informiert, dass der Tagesordnungspunkt 4.4 verschoben werden sollte. Herr Spies von der Geschäftsführung des Kinderschutzbundes MV aus Schwerin hat sein Kommen für die Sitzung im Mai zugesagt.

Die Tagesordnung wird mit der vorgenannten Änderung bestätigt.

Abstimmung: 8 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

zu 2 Bestätigung der Niederschrift der 01. Sitzung des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung vom 12.03.2019

Frau Tiede teilt zu TOP 4.1 AN 0038/2016 – Europäische Städtekoalition gegen Rassismus (ECCAR) mit, dass die Information über die Entfristung der Stelle von Frau Schmuck nicht in allen Fraktionen vorlag. Sie bittet, dies konkret im Protokoll zu ergänzen.

Der TOP 4.1 wird wie folgt ergänzt:

„Nach Redebeiträgen von Herrn Ihlo und Frau Quintana Schmidt stellt Frau Dr. Stahlberg nochmals klar, dass der Oberbürgermeister mitgeteilt hat, dass die Stelle von Frau Schmuck entfristet wurde. *Allen weiteren Fraktionen liegt darüber keine Information vor.*“

Frau Dr. Stahlberg bittet weiter darum, dass konkretisiert wird, dass der Ausschuss der Bürgerschaft vorschlägt, den Antrag so zu beschließen.

Frau Kindler ergänzt, dass sie in der Bürgerschaftssitzung ein Statement gegeben hätte, dass der Ausschuss sich für den Antrag ausgesprochen hat.

Der TOP 4.1 wird wie folgt verändert:

~~Frau Dr. Stahlberg lässt darüber abstimmen, den Antrag der Bürgerschaft zur Beschlussfassung zu übergeben.~~

Der Ausschuss schlägt der Bürgerschaft vor, wie im Antrag vorgeschlagen, der Koalition beizutreten.

Frau Dr. Stahlberg lässt über diesen Vorschlag abstimmen:

Die Niederschrift der 01. Sitzung des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung vom 12.03.2019 wird mit der Änderung und der Ergänzung bestätigt.

Abstimmung: 5 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 3 Stimmenthaltungen

zu 3 Beratung zu Beschlussvorlagen

Es liegen keine Vorlagen zur Beratung vor.

zu 4 Beratung zu aktuellen Themen

zu 4.1 Beauftragte für die Integration von Menschen mit Behinderungen - Informationen zur bisherigen Arbeit und zukünftige Projekte und Aufgaben

Frau Ehlert begrüßt Frau Breuer als die Beauftragte für die Integration von Menschen mit Behinderungen. Sie bittet um einige Auskünfte zu ihrer bisherigen und zukünftigen Arbeit.

Frau Breuer dankt für die Einladung.

Sie teilt mit, dass vor 10 Jahren die Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention stattfand.

Die Bundeskanzlerin wie auch die Sozialministerin des Landes haben aktuell dazu Mitteilungen zur Teilhabe für alle gemacht.

Ihr Aufgabenfeld steht zwischen barrierefreiem Bauen und dem sozialen Engagement. Daher fügt sich ihr bisheriges berufliches Wissen aus dem Bau- und dem Sozialbereich sehr gut ein.

Bei Arbeitsaufnahme gab es durch die wechselnde Stellenbesetzung keine persönliche Übergabe. Sie erläutert, dass erst einmal eine Aufarbeitung gemacht werden musste.

Frau Breuer lobt das Engagement von Frau Hertwig, die gute Vorarbeit, wie z.B. bei der „Plakette Barrierefrei“ geleistet hatte.

Als Arbeitspartner innerhalb der Verwaltung sind insbesondere das Amt 60, das Gebäudemanagement und die Öffentlichkeitsarbeit herausgebildet. Weitere enge Zusammenarbeit besteht regional mit der Touristeninformation, den sozialen Trägern, der KISS, den Verbänden und vielen anderen auch.

Weiter gibt es auch ein überregionales Netzwerk mit der Selbsthilfe Rostock, der Hochschule Wismar und anderen wichtigen Partnern.

Weiter erfolgt ein Austausch mit anderen Behindertenbeauftragten auch über die Landesgrenze hinaus.

Frau Breuer geht auf den Beschluss der Bürgerschaft 2016-VI-06-0387 zur Prüfung von Fördermöglichkeiten für einen Stadtplan für Menschen mit Behinderungen ein. Dazu hat sie einen Fördertopf gefunden und einen entsprechenden Antrag gestellt. Im August 2018 gab es eine Förderzusage.

Weiter informiert Frau Breuer über die Durchführung von verschiedenen Workshops und die Teilnahme an zahlreichen Veranstaltungen.

Das Material für einen aktuellen Stadtplan ist zusammengestellt und wird gerade im Layout überarbeitet. Zum Ende der Projektlaufzeit soll der Stadtplan fertig gestellt sein.

Im Stadtplan soll nicht nur der Stadtkern barrierefrei ausgewiesen sein, sondern zukünftig soll auch der Stralsund ZOO sowie das Strandbad mit eingebunden werden. Dazu gibt es noch Abstimmungen.

Zur „Plakette Barrierefrei“ hat die Arbeitsgemeinschaft festgelegt, an der kommunalen Zertifizierung festzuhalten.

Die Plakette wurde 2013 das letzte Mal vergeben. Im Jahr 2015 gab es noch einmal Ortsbegehungen, jedoch wurde keine Verleihung mehr vorgenommen. Daher wurde im Juni 2018 die erste Sitzung der Arbeitsgemeinschaft einberufen, um eine neue Auszeichnungsveranstaltung zu planen. Bisher gab es 4 Sitzungen, in denen unter anderem eine neue Richtlinie für die Verleihung erstellt wurde.

Frau Breuer teilt mit, dass der Präsident der Bürgerschaft, wieder die Schirmherrschaft übernehmen wird.

Für Mai 2020 ist die nächste Zertifizierung geplant. Einen öffentlichen Aufruf wird es rechtzeitig geben.

Da der Nutzungsvertrag und die Urheberrechte für das bisherige Logo nicht vorhanden sind, wird es eine veränderte Aufmachung geben. Alle bisher Zertifizierten werden das neue Logo auch erhalten.

Im vergangenen Jahr hat Frau Breuer bei 35 Bauvorhaben eine Stellungnahme abgegeben. Bei Neubauten sollte man keine Kompromisse bei der Barrierefreiheit zulassen.

In anderen Bundesländern werden barrierefreie Konzepte zum Bauantrag gefordert. Für Mecklenburg-Vorpommern sollte dies zukünftig auch gelten.

Frau Breuer teilt ferner mit, dass sie bei allen Vorlagen beteiligt wird.

Sie bietet einmal im Monat öffentliche Beratungen ohne Termin an. Diese Zeit wird sehr gut angenommen. Terminvereinbarungen sind aber auch möglich.

Die Öffentlichkeitsarbeit ist aus ihrer Sicht bisher zu kurz gekommen und soll zukünftig ausgeweitet werden. Frau Breuer betont jedoch, dass sie sich erst einmal in ihre Stelle und die damit verbundenen Aufgaben einarbeiten musste.

Sie besucht regelmäßig Seminare und Weiterbildungen, um immer auf dem aktuellen Stand zu sein.

Frau Ehlert betont die Wichtigkeit der Stelle und merkt an, dass eine gute Besetzung gefunden wurde. Frau Breuer besetzt die Stelle aus Ihrer Sicht mit Professionalität und Sicherheit.

Frau Kindler erfragt, wie die Beteiligung bei der Erweiterung des Schulcampus Goethe Gymnasium ist. Sie möchte wissen, ob dort die Inklusion beachtet wird.

Frau Breuer erläutert dazu, dass sie nicht alle Bauvorhaben intensiv betreuen kann. Im Stralsund Museum ist sie mit Frau Dr. Heun aktiv an der barrierefreien Umgestaltung beteiligt.

Sie informiert weiter, dass sie von der Stadterneuerungsgesellschaft eingeladen wurde, um an den Beratungen zur Erweiterung des Goethe Gymnasiums teilzunehmen.

Da es sich um sehr umfangreiche Unterlagen handelt, hat Frau Breuer auch Kontakt zur Inklusionsbeauftragten des Schulamtes Greifswald aufgenommen. Frau Breuer wollte sich dadurch ein Bild erarbeiten, wie die Strukturen auch im Land entwickelt werden. Ihr ist auch die Meinung von Lehrern sowie Sonder- und Heilpädagogen wichtig.

Weiter informiert Frau Breuer über die Vorplanung der Sporthalle Andershof. Sie weist darauf hin, dass es wichtig sei, die Inklusion bereits dort zu berücksichtigen, da ansonsten zu einem späteren Zeitpunkt Finanzierungslücken entstehen können.

Frau Kindler verdeutlicht, dass die finanziellen Aspekte immer im Vordergrund stehen und daher die Überlegungen aufkommen, ob Inklusion Berücksichtigung findet oder nicht. Sie sieht die Bundesregierung in der Verantwortung, da die Vereinten Nationen hier einen klaren Auftrag gegeben haben.

Frau Breuer stellt klar, dass Inklusion umgesetzt wird. Sie macht aber auch auf die freie Schulwahl aufmerksam. Die Eltern können immer die für ihr Kind beste Entscheidung treffen. Oftmals handelt es sich bei der Inklusionsumsetzung nur um eine Fachplanung, die ohne Mehrkosten umsetzbar ist. Hier ist das Können der Fachplaner gefragt. In Rostock gibt es zum Beispiel ein zertifiziertes Architekturbüro für barrierefreies Bauen.

Frau Dr. Stahlberg erfragt die Einflussnahme im Bereich privates Bauen und möchte wissen, wie die Zusammenarbeit mit dem Landkreis Vorpommern-Rügen ist. Frau Breuer führt aus, dass bei Mehrgeschossbauten andere Einflussnahmemöglichkeiten bestehen, wie bei Einfamilien- oder Doppelhäusern. Bei Mehrgeschossbauten ist die Barrierefreiheit nach dem Landesbaugesetz einzuhalten. Beim ISEK macht es aus Sicht von Frau Breuer in der Quartiersentwicklung Sinn, eine gute Mischung aus Barrierefreiheit und normalen Bauen herzustellen, um dem demographischen Wandel gerecht zu werden.

Bei der Zusammenarbeit mit dem Landkreis gibt es weniger Kontakt. Es gilt jedoch zu beachten, dass es sich dort um zwei ehrenamtliche Mitarbeiter handelt. Beide bieten auch öffentliche Sprechstunden an, aber die Intensität ist eine andere.

Frau Ehlert fragt nach, an welchem Tag der Sprechtag stattfindet. Dazu führt Frau Breuer aus, dass diese monatlich immer an einem Donnerstag stattfinden. Die genauen Termine findet man auf der Internetseite der Stadt, über die KISS und über die Presse. Es werden aber auch separat Termine vergeben.

zu 4.2 Projekt Ich - Lebensbegleitende Berufsberatung vor dem Erwerbsleben

Frau Patzelt und Frau Brockstedt von der Agentur für Arbeit stellen das Projekt „Projekt Ich - Lebensbegleitende Berufsberatung“ vor. Die Präsentation wird als Anlage zur Sitzung digital zur Verfügung gestellt.

Frau Brockstedt stellt sich vor und teilt mit, dass sie für den Bereich Berufsberatung zuständig ist.

Sie geht auf das Ziel des Projektes, auf die Zielgruppen und auf die Zeitschiene der Einführung ein.

Frau Ehlert ist der Meinung, dass es eine bessere Balance zwischen Arbeit und Freizeit geben muss. Weiter sind Reformen an den Schulen notwendig. Es ist eine bessere Zusammenarbeit wünschenswert, um den Schülern den besten Einstieg ins Ausbildungsleben zu ermöglichen.

Auf Nachfrage von Frau Dr. Stahlberg erläutert Frau Brockstedt, dass es sich um ein Projekt handelt, welches fest in der Agentur für Arbeit installiert ist. Es gibt kein Auslaufdatum. Es wird ggf. immer wieder Anpassungen geben.

Innerhalb von 3 Jahren soll das Projekt für alle Schultypen sowie an Hochschulen etabliert sein.

Frau Dr. Stahlberg fragt nach, ob alle Kontaktpartner auf das Projekt vorbereitet wurden. Frau Brockstedt macht deutlich, dass sich der Ausbildungsmarkt in den letzten Jahren verbessert hat. Es gibt mehr Ausbildungsstellen wie Bewerber. Jedoch passt oft der Wunsch der Bewerber nicht mit den angebotenen Ausbildungen überein. Hier sind Beratungen sehr wichtig, um heraus zu finden, was für den Jugendlichen wichtig ist und welche Kompromisse er eingehen würde.

Die Kommunikation zu den Kontaktpartnern hat mit der Information der Schulleiter begonnen. Frau Brockstedt verdeutlicht, dass es sich um einen Prozess handelt, bei dem man auch auf die Gegebenheiten der Schulen eingehen muss.

Frau Ehlert stellt fest, dass es wichtig ist, diese Problematik aufzugreifen. Die Abbrüche der Ausbildungen oder der Studiengänge müssen weniger werden.

Die Jugendlichen wissen heute oft erst spät, welchen Weg sie eigentlich gehen wollen.

Auf die Nachfrage von Frau Tiede erläutert Frau Brockstedt, dass es einen Arbeitgeberservice und eine Ausbildungsvermittlung gibt. Auch im Verwaltungsausschuss ist die Arbeitgeberseite vertreten.

Frau Brockstedt führt weiter aus, dass auch mit den Arbeitgebern herausgearbeitet werden muss, welche Voraussetzungen sie an ihre Bewerber stellen wollen und was für die Tätigkeit wichtig ist. Im heutigen digitalen Zeitalter verändern sich gerade viele Berufsfelder enorm und die Voraussetzungen müssen angepasst werden.

Herr Röhl nennt die großen Herausforderungen „Digitalisierung“ und „ungleiche Teilhabe am Arbeitsleben“ und stellt fest, dass dadurch Menschen mit geringer Qualifikation schlechter am Arbeitsmarkt zu integrieren sind.

Frau Brockstedt weist darauf hin, dass das SGB III angepasst werden soll und dann eine präventive Förderung möglich sein wird. Die Mitarbeiter müssen dann auch dahingehend geschult werden. Es sollen mehr Weiterbildungen angeboten und Möglichkeiten genutzt werden um eine Berufserfahrung anerkennen zu lassen.

Herr Miseler berichtet über Erfahrungen mit Praktikanten aus der 9. und 10. Klasse, die keine Vorstellung hatten, wo ihr Berufsweg sie hinführen soll. Hier besteht großer Handlungsbedarf. Er möchte wissen, wie viel Personal für die Angebote in Schulen zur Verfügung steht.

Frau Brockstedt teilt dazu mit, dass es sich um Schulen von Hiddensee bis zum Gymnasium in Stralsund handelt. Es ist wünschenswert, in größeren Schulen einmal die Woche präsent zu sein. In kleineren Schulen wird die Präsenz so festgelegt, dass die Jugendlichen die Chance erhalten, mit der Berufsberatung zu sprechen, so oft es ihnen nötig erscheint. Bei der Wahl des Praktikums beachten die Jugendlichen leider zu selten ihre beruflichen Vorstellungen, sondern legen oft Wert auf Erreichbarkeit oder Mitarbeiter, die aus der Familie stammen.

Frau Friesenhahn macht deutlich, dass die wichtigste Voraussetzung das Mitmachen ist. Sie erfragt, was mit den Jugendlichen passiert, die Hilfe ablehnen.

Frau Brockstedt informiert, dass mehr digitale Angebote gemacht werden. Aber es kann niemand zur Arbeit gezwungen werden. Hier ist mehr die Sozialarbeit und das kommunale Jobcenter gefragt. Aber Beratungsangebote werden immer weiter angeboten.

Frau Brockstedt verdeutlicht, dass die Berufsberatung schon an den Schulen präsent ist. Es muss das Sachverständnis ausgebaut werden.

Frau Ehlert ist der Meinung, dass eine Reform an den Schulen notwendig wäre und mehr praxisbetonter Unterricht sinnvoll erscheint.

Sie schlägt vor, dass dem Ausschuss in einem Jahr ein Sachstand über das Geschehen zum Projekt gegeben werden sollte.
Das Thema wird in den Arbeitsplan aufgenommen.

zu 4.3 Sachstand Lokales Bündnis für Familie

Frau Patzelt informiert über den 2. Aktionstag des Bündnisses für Familie im Strandbad Stralsund.

Sie verteilt den neuen Familienlotsen sowie Flyer zum Bündnis für Familie.

Sie nennt folgende Termine, die demnächst durchgeführt werden:

- die dritte Ausgabe des Familiennachmittages am 20.06.2019
- der 7. Pflorgetag am 13.11.2019 voraussichtlich im Haus der Wirtschaft
- die Auszeichnung der familienfreundlichen Unternehmen am 26.11.2019

Weiter geht sie auf die Aktion „Rettungsboot“ ein. Dazu gab es eine Spende der Rotarier Stralsund sowie der Sparkasse. Sie weist darauf hin, dass zur Umsetzung weitere Spenden notwendig sind. Es werden Mittel in Höhe von ca. 8,5 T€ benötigt.

Alle Firmen, die bisher an der Aktion teilgenommen haben, werden angefragt, ob sie auch in Zukunft weiter zur Verfügung stehen.

Es ist geplant, das Projekt auch in andere Stadtteile auszuweiten.

Ein Förderantrag beim Landespräventionsrat wurde abgelehnt.

Derzeit wird ein Malbuch erarbeitet, um das Projekt auch in Kitas, Krippen, Horte und Schulen bekannt zu machen.

Weiter teilt Frau Patzelt mit, dass über die Wohlfahrtseinrichtungen der Hansestadt Stralsund gGmbH die Möglichkeit besteht, Geldspenden anzunehmen. Sie verteilt Karten, auf denen die Projekte und die Kontodaten zu finden sind.

Frau Ehlert ist enttäuscht über die Ablehnung des Förderantrages und äußert die Wichtigkeit des Projektes.

Auf Nachfrage von Herrn Röhl erläutert Frau Patzelt, dass die Kosten durch Schulungen für Erste-Hilfe-Kurse am Kind, für ein Theaterstück für Kinder und Marketingartikel zu Stande kommen.

Mögliche Kooperationen sind bisher nicht berücksichtigt.

Frau Ehlert schlägt vor, das Projekt auch in den Fraktionen vorzustellen.

Auf Nachfrage von Frau Friesenhahn stellt Frau Patzelt klar, dass es einen regelmäßigen Zulauf von Interessierten zum Bündnis für Familie gibt. Sie ist der Meinung, dass die Öffentlichkeitsarbeit verbessert werden sollte, um dies auch der Bevölkerung zu vermitteln.

Zur Auszeichnung als familienfreundliches Unternehmen gibt es mehrere Anfragen von neuen Unternehmen aber auch von Unternehmen, die eine Re-Zertifizierung anstreben.

Frau Ehlert schlägt vor, den Ausschuss einmal im Jahr über den Sachstand zu informieren. Das Thema wird in den Arbeitsplan aufgenommen.

Frau Quintana Schmidt macht deutlich, dass immer weniger für Kinder und Jugendliche gemacht wird. Daher ist das Lokale Bündnis mit seinen Projekten wichtig.

Frau Dr. Stahlberg betont, dass ohne eine solide Finanzierung viele Projekte nicht möglich sind. Daher ist auch sie der Meinung, in den Fraktionen über das Bündnis für Familie zu beraten.

zu 4.4 Sachlage Kinderschutzbund Stralsund

Das Thema wurde unter TOP 1 zurückgezogen und wird am 14.Mai 2019 auf die Tagesordnung gesetzt.

zu 5 Verschiedenes

Da kein weiterer Beratungsbedarf besteht, entfallen die weiteren Tagesordnungspunkte.
Frau Ehlert schließt die Sitzung.

zu 9 Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

gez. Sabine Ehlert
Vorsitzender

gez. Constanze Schütt
Protokollführung